von seinen Büchern, die er schrieb, und so müssen wir wiederum Worte für Taten nehmen. Dabei interessieren hier seine psychologisch medizinischen und pädagogischen Werke weniger, obwohl auch von den demokratischen Lehrern ein großer Teil an den Hellpachschen Lehrerbildungsvorschlägen kaum seine helle Freude erleben dürfte. Wichtig dagegen ist das, was er als politisches Bekenntnis niedergelegt und am 24. März in der „Vossischen Zeitung" zusammenfassend veröffentlicht hat. Ein Passus, der in wenig Zeilen seine Einstellung zur Revolution und zur Weimarer Verfassung höchst anschaulich kennzeichnet, sei wörtlich wiedergegeben:

„Dreimal haben wir uns der Sünde wider den nationalen Geist schuldig gemacht: Nach 1519, nach 1815, nach 1871. . . . . Endlich konnte ohne die Hemmung versteinter Einrichtungen der deutsche Staat aus allen Tiefen und in allen Breiten deutschen Volkstums gestaltet werden. Was noch nach 1871 der Genie-Despotismus Bismarcks verhinderte, dafür war 1919 der Weg frei. Die Deutschen empfingen ein Trostgeschenk der Not, die Formen der politischen Mündigkeit, die Einrichtungen für eigene Schicksalsgestaltung, die Verfassung der Demokratie."

Aus diesen Sätzen spricht eine solche Verständnislosigkeit für die innere Notwendigkeit einer organischen Geschichtsentwicklung, daß uns das durch und durch schiefe Bonmot von dem „Genie-Despotismus Bismarcks" in diesem Zusammenhange nicht weiter wundernehmen kann. Dr. Hellpach ist einer jener für unsere Zeit charakteristischen Historiker im verkleinerten Format des genialen Spengler, die über den „großen Zusammenhängen" die rastlose wirkende Arbeit des Lebens im kleinen übersehen; sie erklügeln sich ein geistvolles Weltbild und spannen dann das Vergangene in den Prokrustesrahmen ihrer eigenwilligen Persönlichkeit ein. Sie sehen das Leben nicht wie es ist (obwohl gerade sie das immer am lautesten von sich behaupten), sondern wie sie es haben wollen, — mit anderen Worten: sie sind im besten Falle geistvolle Doktrinäre, die die Demokratie nur deshalb so eifrig verteidigen, weil sie ihr den Stempel ihrer eigenen Persönlichkeit glauben aufdrücken zu können.

Deshalb rufen wir: Achtung! Glatteis!, wenn solche Männer, denen zuzuhören interessant ist, verlangen, daß wir ihnen folgen sollen. Deshalb kann es für uns kein Zweifel sein, daß wir einem Manne wie Jarres, dem Tatmenschen, der sich in restloser Erfüllung seiner Pflicht lieber ins Gefängnis werfen ließ, als mit dem Lorbeer des Ausgewiesenen geschmückt — rednerisch im Reiche zu glänzen, vor dem Intellektmenschen Hellpach den Vorzug geben. Wir brauchen heute mehr denn je faustische Naturen, die ihre tiefste Befriedigung schließlich weder in Genuß noch Begierde, sondern in rüstiger, sich freudig aufopfernder Tagesarbeit für das Gesamtwohl finden. Hellpach, von dem die „Kreuz-Zeitung" einmal sehr treffend als von einem „mit indischem Gift infizierten" Geiste gesprochen hat, ist nicht der Führer, den das deutsche Volk braucht. Er ist ein Mann von feuilletonistischer Lebensgestaltung, der einem Komitee geistiger Feinschmecker präsidieren könnte, aber keine Natur, die eine Nation bis in ihre tiefsten Tiefen packen und erschüttern kann. Er ist — was für ihn persönlich nicht der geringste Vorwurf sein soll — nicht deutsch in des Wortes letzter Bedeutung; er wurzelt nicht in der Heimatscholle, sondern in Europa und insofern hatte die demokratische Zeitung, die ihn einen Politiker von „europäischem Format" nannte, schon recht. Wenn er spricht, brilliert Esprit — aus Jarres' Reden leuchtet Gemüt. Hellpach verkündet die nationale Erneuerung im Geiste der Demokratie — Jarres leitet sie ein, im Geiste sittlichen Rechts, indem er fremdem Eroberer das Recht auf deutschen Boden bestreitet. Hellpach spricht, um Sammelkandidat weiter deutscher Volkskreise zu werden — Jarres ist es, noch ehe er sich seinen ihm zujubelnden Wählern zum ersten Male zeigt. Hellpach appelliert an die Demokraten, um die Nation zu gewinnen — Jarres ruft die Nation auf, um in ihr auch die Demokraten mit auf dem Wege der Erneuerung, den wir seit einem Jahre bewußt betreten haben, vorwärts und emporzureißen.

So dient, wer Hellpach wählt, dem Teil und damit der Zersplitterung; zur Ganzheit aber, zur Nation bekennt sich jeder, der am Sonntag seine Stimme Jarres gibt.

Stockung in den deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen.

(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 25. März. Bei den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen haben sich insofern Schwierigkeiten ergeben, als ein polnischer Kompromißvorschlag, der darauf abzielt, angesichts der schwierigen Materie, den bisherigen Zustand bis zur endgültigen Regelung aller schwebenden Fragen um zwei Monate zu verlängern, nicht angenommen worden ist. Die Polen verknüpften mit der zweimonatigen Verlängerung die Annahme, daß damit auch alle laufenden Fristen um zwei Monate verlängert werden, so insbesondere auch die an sich am 14. Juni ablaufenden Fristen betreffend die Regelung der Verhältnisse mit dem jetzigen polnisch-oberschlesischen Teil. Hinsichtlich der Fristverlängerung hat Deutschland einen ablehnenden Standpunkt eingenommen.

Reparationsaufträge der französischen Eisenbahn.

Paris, 25. März. Die Reparationskommission hat ihre Genehmigung zur Erteilung eines Auftrages von 3300 Eisenbahnwaggons an zwei deutsche Firmen erteilt, die an die Paris—Lyon—Mittelmeerbahn auf Reparationskonto geliefert werden sollen. Die Lieferung von 1800 Waggons ist den Gockelwerken in Neuwied und von 1500 Waggons der Bahnbedarf-A.-G. in Darmstadt übertragen worden. (W. T. B.)

Ein Vortrag Admiral Scheers in Bern.

Bern, 25. März. Admiral Scheer sprach gestern abend im überfüllten großen Rathaussaale auf Einladung der militärischen Behörden der Stadt Bern über seine Erfahrungen im Weltkriege. Den Hauptteil des Vortrags bildete die von prächtigen Lichtbildern unterstützte Schilderung der Seeschlacht am Skagerrak. Tosender Beifall lohnte den Redner. Major Meyer sprach ihm den Dank der Anwesenden aus. (W. T. B.)

Wieder ein kommunistischer Ueberfall auf Stahlhelmleute.

Berlin, 25. März. In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch gegen 11 Uhr wurden auf dem Pappelplatz im Norden Berlins etwa zehn Stahlhelmleute von 50 Kommunisten überfallen, beschimpft und mißhandelt. Einer der Stahlhelmleute trug Verletzungen davon und mußte von seinen Kameraden zu der nächsten Meldungsstelle gebracht werden. Bei Eintreffen von Schupo flüchteten und entkamen die Kommunisten im Dunkel der Nacht.

Zur Verhaftung der drei deutschen Studenten in Moskau.

(Durch Funkspruch.)

Berlin, 25. März. Nachdem jetzt, Moskauer Meldungen zufolge, die Angelegenheit der drei deutschen Studenten Kindermann, Wolscht und Ditmaringen dem Obersten Gerichtshof zur weiteren Erledigung übergeben worden ist, wird, wie die Blätter erfahren, alles getan werden, um die Vertretung der Interessen der Beteiligten sicherzustellen. Die ersten Schritte in dieser Richtung sind bereits getan.

Der Schnellzug Bordeaux—Paris entgleist.

Paris, 25. März. Heute nachmittag um 2 Uhr ist der Schnellzug Bordeaux—Paris unweit Poitiers entgleist. Mehrere Wagen rissen sich los und stürzten in einen Abgrund. Bis jetzt sind fünf Tote und 40 Verwundete festgestellt worden. Unter den Toten befindet sich der radikale Senator Pedebidou. (W. T. B.)

Das Echo der Rede Chamberlains.

Freundliche Aufnahme im Reichskabinett.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 25. März. Das Reichskabinett beschäftigte sich heute in unverbindlichen Besprechungen mit der Rede Chamberlains vor dem Unterhause. Man kann sagen, daß die Rede vom Reichskabinett freundlich aufgenommen wurde. Man war im Kabinett angenehm sowohl von ihrem Ton wie Inhalt berührt. Das Kabinett war einmütig der Auffassung, daß Deutschland an seiner bisher eingenommenen Haltung auf jeden Fall festhalten werde und müsse. Am Freitag wird man sich im Reichskabinett, da bis dahin der offizielle Wortlaut vorliegen wird, nochmals mit der Rede und ihren möglichen Auswirkungen befassen.

Zwiespältige Haltung Frankreichs.

Paris, 25. März. Zur Rede des britischen Staatssekretärs Chamberlain äußert sich die Abendpresse zurückhaltend. — Der „Temps" nennt es eine Gefühlssache, wenn man glaube, zu einer deutschen Unterschrift noch Zutrauen haben zu können. Aber dieser Gedanke habe sich fest in dem englischen Hirn verankert. Es handle sich also um eine These, mit der man rechnen müsse. Der „Temps" findet es selbstverständlich, daß die deutschen Vorschläge mit aller wünschenswerten Aufmerksamkeit geprüft werden, aber schon jetzt Berliner Vorschläge für eine solide Grundlage zur Regelung des Friedens anzusehen, ist nach Ansicht des „Temps" eine außerordentliche Unvorsichtigkeit, da ja Deutschland noch nicht einmal in den Völkerbund eingetreten sei und da es noch nicht einmal alle Verpflichtungen erfüllt habe, die erfüllt werden müßten, wenn es nach den geltenden Regeln in Genf zugelassen werden sollte. — „Journal des Débats" schreibt, die Rede Chamberlains klöre die Lage auf, ohne den Horizont zu erhellen. Es sei den Franzosen nicht möglich, in der deutschen Demarche etwas anderes zu erblicken, als einen Vorschlag, den man mit der größten Vorsicht ansehen müsse. Chamberlain werde sich vergeblich bemühen, die Franzosen damit zu beruhigen, daß er erkläre, die Stabilisierung des Friedens im Westen sei eine Zusatzgarantie für die Grenzen im Osten. Nichts deute darauf hin, daß die deutschen Vorschläge nicht darauf abzielten, die Dauer der Besetzung der Zone von Koblenz bis Mainz herabzusetzen. Chamberlain müsse doch zugestehen, daß sich das Deutsche Reich vorbehalten habe, die Frage der deutschen Ostgrenzen vor den Schiedsgerichtshof zu bringen. Also keine der in Frankreich vorliegenden Beunruhigungen seien beschwichtigt worden. Damit ein besserer Tag anbreche, müsse das Deutsche Reich Vorschläge unterbreiten, die eine endgültige Garantie bringen und müsse vorbehaltlos in den Völkerbund eintreten. (W. T. B.)

Die Abendausgabe der „Information" sagt zu der Rede Chamberlains u. a., das englische Ministerium habe sich davon überzeugt, daß die Unbeständigkeit der englischen Politik moralisch einen schlechten Eindruck gemacht habe. Hierzu müsse man sich beglückwünschen, denn danach sei England der Ansicht, daß es an dem Friedenswerk mitarbeiten könne. Frankreich sehe in den deutschen Vorschlägen die Morgenröte eines besseren Tages. Jetzt werde Deutschland am kommenden Sonntag das Wort ergreifen. — „Intransigeant" findet die deutschen Vorschläge ernst und interessant, weil das Deutsche Reich anscheinend das neue Statut an der Westgrenze annehmen wolle. Es werde also keinen neuen Krieg um Elsaß-Lothringen führen und vielleicht auch darauf verzichten, im Jahre 1935 die Volksabstimmung zu verfälschen (!), die über die endgültigen Geschicke des Saargebiets entscheiden soll.

Rückreise de Fleurians nach London.

Paris, 25. März. Der französische Botschafter in London, de Fleurian, der sich seit Freitag in Paris aufhält, hat heute nachmittag die Rückreise nach London angetreten.

Kein Friede seit Versailles.

Baldwin über den deutschen Garantievorschlag.

London, 25. März. Der Premierminister Baldwin, der zum Schluß der Unterhausdebatte das Wort ergriff, erklärte u. a., wenn die Bestrebungen Chamberlains von Erfolg gekrönt sein würden, so wäre es Englands Rolle, den Frieden in Westeuropa zustande zu bringen, der nicht bestanden habe von dem Tage an, an dem der Vertrag von Versailles unterzeichnet wurde. Solange jede wirkliche Rückkehr zum Frieden und zur friedlichen Mentalität verhindert werde, bleibe auch das unmöglich, was die Regierung nicht weniger als die Mitglieder der Arbeiterpartei am sehnlichsten zu sehen wünschten, nämlich die Abrüstung. Die Regierung ziehe die Dominions dabei zu Rate und werde während der ganzen Zeit in engster Fühlung mit ihnen bleiben. Die Regierung sei der Ansicht, daß keine Fortschritte in Europa gemacht werden könnten, bevor die Mentalität Westeuropas verändert sei. Dies könne aber nur erreicht werden, wenn das Gefühl der Unsicherheit dem der Sicherheit Platz machen würde.

Es bestehe kein Zweifel, daß eine längere Aufrechterhaltung der Besetzung des vormals feindlichen Gebiets zu einer sehr ernsten Lage in Europa führen würde,

zu einer Lage, der abzuhelfen oder die zu überwinden man dann nicht mehr imstande sein würde. Daher habe die Regierung mit einiger Hoffnung die deutschen Vorschläge angesehen, die ziemlich unerwartet gekommen seien, deren Art aber mehr die Möglichkeit einer dauerhaften Regelung erhoffen lasse, als alles, was in letzter Zeit in Europa geschehen sei. Die britische Regierung habe klar verstanden, daß Deutschland auf Aussichten bzw. auf jene Absicht verzichte, die Grenze im Westen zu verändern. Auch im Osten Europas hat Deutschland einen großen Schritt vorwärts in der Richtung auf den Frieden, weil es bereit sei, zu erklären, daß es auf alle Ansprüche verzichte, eine Aenderung durch militärische Gewalt vorzunehmen. Es sei natürlich vollkommen klar, daß Deutschland in den kommenden Jahren vielleicht durch die Diplomatie, durch Schiedsverfahren oder irgendeine andere friedliche Weise versuchen könnte, eine Aenderung in Osteuropa herbeizuführen. Auf England laste jetzt eine riesige Verantwortung. Er glaube jedoch, daß England sich dieser Verantwortung gewachsen zeigen werde.

Der Friede liegt im Verzicht auf die Idee eines deutschen Sklavenstaates.

Englische Stimmen.

London, 25. März. Zur gestrigen Unterhausrede schreibt der liberale „Manchester Guardian", Chamberlains Rede zeige nur, daß die britische Regierung immer noch keine Außenpolitik habe. Diese Politik sei völlig negativ gewesen. Die Grenzgarantieverträge seien unzulänglich, weil sie keine Bestimmungen darüber enthalten könnten, wer bei einem Konflikt der Angreifer sei. Das Genfer Protokoll habe diese Schwierigkeit zu beheben versucht, indem darin die Partei, die den Schiedsspruch ablehne, als schuldig erklärt werde. Chamberlain wolle aber nichts davon wissen. Man müsse also weiterhin abwarten, was er Besseres vorzuschlagen habe. — Der liberale „Star" schreibt, das Schwergewicht des Sicherheitsproblems liege im Osten, wo an Deutschlands Grenze eine offene Wunde klaffe.

Es bestehe die Gefahr, daß die Polen, die, milde gesagt, vom Nationalismus berauscht seien, die Franzosen auf einen falschen Weg bringen.

Frankreichs und Großbritanniens Interessen sei der Frieden, und wenn bloß die britischen und Pariser Unentwegten dazu gebracht werden könnten, auf die Idee eines deutschen Sklavenstaates zu verzichten, der den Alliierten 60 Jahre lang Tribut zahle, dann werde es endlich möglich sein, den Frieden herzustellen.

Die Verschleppung der Begründung des Kölner Vertragsbruchs.

Anfragen im Unterhause.

London, 25. März. (Unterhaus.) In Erwiderung auf eine Anfrage sagte Unterstaatssekretär Mac Neill, Herriot stimme mit Chamberlain grundsätzlich in der Notwendigkeit überein, die eingehenden Gründe bekannt zu geben, auf welche sich die Behauptungen der Alliierten stützen, daß Deutschland sich in ernstem Verzug gegen die militärischen Klauseln des Friedensvertrags befinde. Ueber die genaue Form oder das Datum der Veröffentlichung sei indes noch keine Entscheidung getroffen. Auf die Anfrage, ob eine Veröffentlichung des Berichts erfolgen werde, bevor irgendwelche Maßnahmen auf Grund desselben getroffen würden, erwiderte Mac Neill, dies könne er nicht sagen. Selbstverständlich müsse diese Veröffentlichung in Uebereinstimmung mit Frankreich erfolgen. Eine weitere Anfrage, ob betr. der Absicht Coolidges wegen Einberufung einer Abrüstungskonferenz eine Mitteilung vorliege, wurde von Mac Neill verneint. (W. T. B.)

Das Museum der Ehrenlegion.

Paris, 25. März. In Anwesenheit des Präsidenten der Republik und des Ministerpräsidenten wurde heute nachmittag das Museum der Ehrenlegion eröffnet.

Aufruf zur Reinigung des öffentlichen Lebens.

Forderungen führender Persönlichkeiten.

Berlin, 25. März. Namhafte Persönlichkeiten des politischen und geistigen Lebens aus dem ganzen Reiche erlassen einen Aufruf zur Reinigung des öffentlichen Lebens. Es heißt darin:

Die Bestechungsskandale, die in Berlin in den letzten Monaten zutage getreten sind, zwingen zu schärfster Abwehr gegen alle Mängel der öffentlichen Wirtschaft. Die Verschleuderung einkommender Steuer- und Postgelder und anderer Reichsvermögenswerte vernichtet den Staatsgedanken im Herzen des deutschen Staatsbürgers und führt zur Auflösung aller rechtlichen Ordnung. Noch sind Ehre, Pflicht und Gewissen kein leerer Schall geworden. Noch sind wir, wenn sich alle deutschen Staatsbürger in der Forderung stacker, objektiv und erfolgreich durchgreifender Staatsbehörden einmütig zusammenfinden und ihren Willen zur tatsächlichen Reinigung des öffentlichen Lebens bekunden, kräftig genug, uns von der schleichenden Seuche zu befreien. Wie wir unserer Väter, so sollen unsere Nachfahren des heutigen Geschlechts in Ehren gedenken als solcher Männer, die sich aus dem Wust und Sumpf des Zusammenbruchs wieder zur Sachlichkeit, Treue und Pflichterfüllung emporgerungen haben.

Der Aufruf stellt folgende Forderungen auf:

1. Strengste Durchführung aller anhängigen und kommenden Barmat-, Kutisker-, Sklarz- usw.-Strafverfahren und Ueberwindung aller Abschwächungs- und Ablenkungsversuche.
2. Schärfere Erfassung der Verfehlungen von Vertretern öffentlicher Interessen und Einrichtungen durch neue Normen im Gesetz. Jede Betätigung von Persönlichkeiten, die Reich, Länder oder öffentlich-rechtliche Körperschaften zugunsten persönlicher Vorteile benachteiligen, muß für die Zukunft verhindert werden.
3. Besetzung sämtlicher entscheidenden Stellen in den Zentral-, Mittel- und Ortsbehörden mit ausgeprägten Persönlichkeiten besonderer Eignung und mit Beamten, die bei Dienstantritt sachkundig vorbereitet sind, und sich im Charakter bewährt haben. Entfernung sämtlicher diesen Anordnungen nicht entsprechenden Beamten zur Verhütung weiterer Staatsschädigung und zur Ermöglichung sachlicher Staatsarbeit.
4. Wahl eines Reichspräsidenten, dessen Persönlichkeit die Durchführung dieses Reinigungskampfes gewährleistet.

Der badische Korruptions-Prozeß.

Die Anträge des Staatsanwalts.

Karlsruhe, 25. März. In dem Korruptionsprozeß, der im Zusammenhang steht mit der Liquidation der Siedlungs- und Landbank, stellte nach dreitägiger Verhandlung heute der Staatsanwalt die folgenden Anträge: Gegen den früheren Geschäftsführer Aberle wegen Bestechung 2 Jahre Gefängnis und 10 000 Mk. Geldstrafe, wegen Untreue 3 Monate Gefängnis, wegen Verleitung zum Meineid 1 Jahr Zuchthaus, ferner Verfallerklärung der empfangenen Bestechungsgelder; gegen Grieger wegen Bestechung 1 Jahr 2 Monate Zuchthaus, 3000 M. Geldstrafe und Verfall der Bestechungsgelder; gegen Würtemberger wegen Bestechung, 1 Monat Gefängnis; gegen den Ingenieur Honef wegen Bestechung, Untreue, unlauteren Wettbewerbs und Preistreiberei 3 Jahre 6 Monate Gefängnis, 70 000 Mk. Geldstrafe, Einziehung des übermäßigen Gewinnes und Veröffentlichung des Urteils, gegen Dietert wegen Bestechung 3 Monate Gefängnis, 1000 Mark Geldstrafe und Verfall der Bestechungsgelder; gegen den Kaufmann und Landtagsabgeordneten Hagen wegen Begünstigung 1 Monat Gefängnis. Das Urteil wird am Sonnabend vormittag verkündet. (W. T. B.)

Verhaftung des Berliner Anwalts Dr. Beck.

Verdunkelungsgefahr in der Korruptionsaffäre.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 25. März. Im Falle Kutisker waren bekanntlich die beiden Berliner Rechtsanwälte Justizrat Werthauer und Dr. Engelbert von der Staatsanwaltschaft vorübergehend festgenommen, dann allerdings wieder freigelassen worden. Heute nachmittag ist nun in der gleichen Angelegenheit wiederum ein Berliner Verteidiger, und zwar der Rechtsanwalt Dr. Beck, auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft verhaftet worden. Dieser Maßnahme ging eine Haussuchung in der Wohnung und im Bureau des Anwalts voraus. Der Anwalt steht im Verdacht der Verdunkelung zugunsten eines seiner Klienten, des im Zusammenhang mit der Katisker-Affäre seit längerer Zeit in Untersuchungshaft befindlichen früheren Staatsbankbeamten Kersten, für den er angeblich aus dem Untersuchungsgefängnis die Beförderung von Kassibern übernommen haben soll. Dr. Beck wurde sofort nach seiner Verhaftung dem Untersuchungsgefängnis zugeführt.

Politischer Einbruchsdiebstahl in Berlin.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 25. März. Heute nacht drangen Einbrecher in die Wohnung des Mitglieds der völkischen Freiheitsbewegung und Herausgebers der „Deutschen Wochenschau", Major Weberstedt, ein. Neben Sachwerten raubten sie Aktenschränke aus und nahmen eine Aktentasche mit und stahlen eine ganze Anzahl von Briefen des Generals Ludendorff an Weberstedt. Es scheint sich demnach um einen politischen Einbruch zu handeln. Die Abteilung IA des Berliner Polizeipräsidiums befaßte sich bereits näher mit der dunklen Angelegenheit.

SLUB
Wir führen Wissen.